

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/66

Bonn, den 5. April 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 1a

Ohne Illusionen

77

Gibt es deutsche Kommunisten ?

Von Günter Markscheffel

2 - 3

"Eriete sind gut, Gespräche besser"

85

Die meisten befürworteten Fernsehdiskussion
der Parteien West- und Mitteldeutschlands
Eine interessante Umfrage in Dortmund

4

Nach Alfred Kubels Muster...

86

Auch Minister Höcherl hält landwirtschaftliche
Maschinenringe für notwendig

5 - 6

Griechenland: Acht Monate nach dem Sturz Papanáreous

87

Die Politik der Zentrumsunion erweist sich doch als richtig

Von Dr. Basil P. Katiopoulos, Athen

Ohne Illusionen

Gibt es deutsche Kommunisten ?

Von Günter Markscheffel

Wenn Bundeskanzler Erhard in der zweiten Aprilhälfte die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien zu einem Gespräch über die Deutschlandpolitik empfängt, wird in der Folge hoffentlich das geschehen, was der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner im Juni 1960 - also ein Jahr vor dem Bau der Berliner Mauer - in einer stark beachteten Rede vor dem Parlament gefordert hatte: Die gemeinsame Überlegung, welche Deutschlandpolitik unter den veränderten Verhältnissen in der Welt noch möglich ist.

Nicht um Vergangenes aufzuwählen, sondern um die richtige Plattform für ein erfolgversprechendes Gespräch der Parteien zu finden, sei daran erinnert, welches Echo damals der Aufforderung Wehners folgte. Die einen sagten, die Sozialdemokratie habe sich der Politik der Bundesregierung angeschlossen; die anderen, man brauche keine Bestandsaufnahme, die Opposition solle sich endlich der Einsicht beugen, daß die Politik der Bundesregierung richtig und die einzig mögliche sei. Das von der SED gewünschte gemeinsame Gespräch kam leider nicht zustande. Ein Jahr später wurde die Mauer in Berlin errichtet.

In den folgenden Jahren sind wiederholt Versuche unternommen worden, um jene notwendige Bestandsaufnahme der Möglichkeiten einer erfolgversprechenden Deutschlandpolitik zu machen. In Detailfragen geschah dies gelegentlich auch; eine Gesamtkonzeption wurde jedoch nicht entwickelt. Stets mußte die Regierung gedrängt werden, um wenigstens kleine Schritte zu billigen, mit deren Hilfe erreicht werden sollte, daß unser Volk sich nicht ganz auseinanderlebt.

* * *

Die Situation hat sich verändert. Die Einsicht, daß wir mit früher gehegten Vorstellungen keinen Schritt auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden weitergekommen sind, hat sich in unserm Volk vertieft. Was sich in diesen Tagen ereignet - der Briefwechsel zwischen SPD und der kommunistischen SED, das Angebot der ARD-Intendanten zu einer Fernsehdiskussion und nicht zuletzt die Ausführungen des FDP-Vorsitzenden Dr. Erich Mende auf einer Pressekonferenz - lassen erkennen, wieviel größer das Verständnis für notwendige Initiativen in der Deutschlandpolitik geworden ist.

Dabei sollte sich niemand in der Hoffnung wiegen, man könne den Berg des Mißtrauens mit einem Gespräch oder einem Briefwechsel beseitigen. Wer aufmerksam die Argumente zur Kenntnis genommen hat, die kürzlich in Hessen von ostzonalen LDP-Vertretern bei einer Diskussion mit den Jungdemokraten vorgetragen wurden, wird verstehen, daß jeder auch noch so kleine Schritt in Richtung auf ein besseres Verständnis nur nach sehr mühsamen Begriffsklärungen getan werden kann.

* * *

Bei uns wird man begreifen lernen müssen, daß in der nunmehr fast zwanzig Jahre dauernden Spaltung Deutschlands sowohl bei uns als auch in der Zone eine Generation herangewachsen ist, die - wenn überhaupt - den Prozeß der Annäherung zwischen beiden Teilen Deutschlands viel pragmatischer sieht als ihn die Generation vor ihr sehen konnte. Dies setzt voraus, daß man weniger in historischen Kategorien zu denken beginnt, dafür um so mehr jedoch Ausschau hält nach praktischen Lösungen der uns bedrängenden Probleme. Es ist daher zu begrüßen, daß in den hier und dort stattfindenden Diskussionen zwei Komplexe in den Vordergrund gestellt werden: Die Frage nach den menschlichen Beziehungen und das Ausloten der besseren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Teile Deutschlands.

* * *

In der Bundesrepublik ist die Bereitschaft hierfür vorhanden, Ob das gleiche auch für den Machtbereich Pankows gilt, bleibt abzuwarten. Für Pankow stellt sich zusätzlich zu dem überall spürbaren Prestigebedürfnis und der Hoffnung auf staatliche Anerkennung auch ein nationales Problem. Die kommunistische SED weiß sehr gut, daß sie nicht Deutschland und noch weniger das deutsche Volk repräsentiert.

- * Aus diesem Wissen ergibt sich für sie die Frage, ob ihre Vertreter mit den möglichen Diskussionspartnern in der Bundesrepublik eines Tages als **d e u t s c h e** Kommunisten die Probleme unserer Nation diskutieren wollen, oder als Exekutivorgane einer Außen- und Militärpolitik, die nicht in Pankow bestimmt wird.
- * Solange sich die SED nicht zu einer Klärung dieser entscheidenden Frage durchringen kann, wird man vielleicht im Detail einiges besser regeln können, als es bisher geregelt wurde; an der widernatürlichen Grenze und an der von Pankow propagierten Zwei- oder Drei-Staaten-Theorie mit allen sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen würde sich dann nichts ändern. Sollten aber die Führungskräfte in der SED eines Tages zu der Einsicht gelangen, daß sie ähnlich wie ihre Parteifreunde in Rumänien, in Polen, Ungarn oder in der CSSR nationale Aufgaben zu erfüllen haben, könnte die Diskussion fruchtbarer sein.

Auch dies werden die im Bundestag vertretenen Parteien zu überlegen haben, wenn sie in der zweiten Aprilhälfte nun endlich gemeinsam darüber beraten wollen, unter welchen Voraussetzungen die Deutschlandpolitik wieder in Bewegung gebracht werden kann.

+ + +

Briefe sind gut, Gespräche besser

Die meisten befürworteten Fernsehdiskussion
der Parteien West- und Mitteldeutschlands

- * Redakteure der in Dortmund erscheinenden "Westfälischen Rund- *
- * schau" betrieben öffentliche Meinungsforschung. Sie wollten *
- * wissen, was das Volk über eine öffentlich geführte Fernseh- *
- * diskussion zwischen den Parteien West- und Mitteldeutschlands *
- * hält. Hier das erstaunliche, für die Stimmung in unserem Volk *
- * bezeichnende Ergebnis: Nur etwa fünf Prozent der Befragten *
- * äußerten sich entweder ablehnend oder desinteressiert. *

Gestern auf den Straßen. "Prima Sache", sagt der 55-jährige, aus Schlesien stammende Kohlenfahrer am Dortmunder Ostbahnhof. "Wir wollen doch wieder zusammen. Briefe sind gut, Gespräche sind besser!" Sein Mitarbeiter (6), der wie ein Gewichtheber wirkt: "Warum nicht? Vielleicht erreichen wir so auch eine Wiedervereinigung. Alles ist möglich."

Ein Kalkulator (53) bleibt stehen: "Offen gestanden, viel verspreche ich mir ja nicht davon, aber ich halte es für richtig, daß man miteinander spricht. Dann kann man uns später nicht vorwerfen, wir hätten hier im Westen gekniffen."

Der Betriebsaufseher der Städtischen Verkehrsbetriebe (38), der an der Haltestelle auf und ab geht: "Selbstverständlich befürworte ich den Vorschlag. Es hat immer Sinn, wenn man miteinander redet. Das fördert das gegenseitige Verstehen, und wir kommen nicht in die Isolation. Es war auch gut, daß die Gewerkschaften den Kontakt zu den Russen aufgenommen haben." Er denkt an den Besuch russischer Gewerkschaftler in der Bundesrepublik, die auf Einladung der ÖTV kamen. "Alles das ist gut für eine Annäherung."

Mal versuchen

Zwei junge Damen - eine Sekretärin (33) und eine Anwaltsgehilfin (17) - geben sich zunächst ein wenig reserviert, aber dann tauen sie auf: "Dafür sind wir sowieso!" Fast derselben Ansicht ist eine Hausfrau und Mutter (24). Sie sagt: "Natürlich ist das richtig. Gespräche sind immer gut."

Wolkenschleier hängen am blassen Frühlingshimmel. Ein junges Ehepaar schiebt gemeinsam einen Kinderwagen durch die Einkaufsstraße. Baby Thorsten ist vier Wochen alt, die Mutter 19 und der Vater 23. Sie war kaufmännische Angestellte, er ist Techniker. Der junge Vater will es genau wissen. "Läuft die Sendung live? Gibt es da keine Zensur?" Immer vorausgesetzt, daß beide Seiten eine faire Chance bekommen und daß drüben ungekürzt gesendet wird, stimmt er dem Vorschlag der westdeutschen Rundfunkintendanten zu. Seine Frau: "Man sollte das mal versuchen. Ich bin genauso dafür wie mein Mann."

Am Zeitungskiosk steht der Maler und Anstreicher (38) mit einem farbverklebten Papierschiffchen auf dem Kopf. Er ist skeptisch: "Ich sage ja zu dieser Diskussion unter einer Voraussetzung. Da darf nichts

herausgeschnitten werden. Es muß anders werden, daß uns und denen drüben nur das vorgesetzt wird, was in die politische Landschaft paßt."

Keine Meinung

Ein Sechzigjähriger kommt vorbei. Er bleibt nicht einmal stehen. Will auch seinen Beruf nicht nennen, "weil mich dann jeder erkennt". Er ist kaum zu verstehen. "Da halte ich nichts von." Er eilt weiter. Politik scheint das wenigste zu sein, was ihn an diesem Frühlingsstag interessiert.

Auch die junge Mutter, die mit Pralinen aus einem Feinkostgeschäft kommt, hat es nur eilig: "Bitte, ich bereite gerade die Kindtafel meines ersten Sohnes vor..."

Der 30-jährige, selbständige Isolierer, der an der Erfrischungsbude einen Schluck aus der Limonadenflasche nimmt, zögert. Nach kurzem Nachdenken sagt er jedoch: "Unsere Politiker sprechen mit allen Ländern, ungeachtet ihrer Staatsform. Nur mit den eigenen Landsleuten hat's noch keinen Kontakt gegeben. Ich meine, es ist jetzt fünf vor zwölf, um das zu versuchen."

Ein kaufmännischer Angestellter (27) mischt sich interessiert in das Gespräch: "Wenn wir zusammenkommen wollen, müssen wir uns an einen Tisch setzen. Ich meine, man kann nicht länger leugnen, daß sich drüben ein Staatsgebilde entwickelt hat, ob uns das nun angenehm ist oder nicht. Wir müssen die Dinge realistisch sehen." - Sie sieht aus wie 17, hat aber schon ihre erste Lehrerprüfung bestanden. "Wissen sie", sagt sie, "das kann doch nur ein Auftakt sein, aber ich befürchte, daß uns ein Fernsehpektakulum allein nicht viel weiterhelfen wird."

Ein Buchhändler (26): "Die von drüben kommen doch nie. Warum überhaupt Fernsehen? Da hält man Fensterreden, Worte verfliegen. Man hätte mit dem Zeitungaustausch ernst machen sollen." - Wir erwischen ihn auf der Rolltreppe, den Abteilungsleiter (52) eines Kaufhauses: "Der Vorschlag wäre nie gemacht worden, wenn die SPD nicht der SED offen ihre Meinung gesagt hätte. Ich habe gerade in Ihrer Zeitung mit großem Interesse den Briefwechsel verfolgt. Da hat man Argumente und Gegenargumente schwarz auf weiß. Mein Sohn lebt mit seiner Familie in der Pfalz. Ich habe ihm die Zeitung mit den Briefen zugeschickt."

Wie ein Fußballspiel

Eine Studienrätin (Ende 40) bezweifelt, daß das Fernsehen ein geeignetes Forum sei, nationale Lebensfragen zu diskutieren. Für ihre Begriffe geht die Politik damit auf die Straße: "Zwei Welten sollen sich auseinandersetzen, und nebeneinander flimmert Quiz über die Mattscheibe."

Der Brotfahrer (43) hat einen Glückskäfer am braunen Kittel und die Arme voller Brotlaibe. Er lacht, und er ist wirklich der einzige, der ein solches Fernschäuel als eine "spannende Sache" bezeichnet. "Großen Nutzen wird das zwar nicht bringen, denn wir gehen unseren Weg und die anderen auch den ihren." - Unsere Gegenfrage: "Und wenn damit doch eine Weiche gestellt werden kann?" Seine Antwort: "Mensch, das wäre schön!" und der Karlenkäfer schwirrt davon.

Nach Alfred Kubels Muster...

**Auch Minister Höcherl hält landwirtschaftliche
Maschinenringe für notwendig**

HB-er. Für die Bildung von "Maschinenringen" der Landwirtschaft hat sich Bundesminister Hermann Höcherl am vergangenen Wochenende auf einer Bauernkundgebung ausgesprochen. Höcherl meinte, daß der Erneuerungsbedarf an landwirtschaftlichen Maschinen in Zukunft noch höhere Anforderungen an die bäuerlichen Betriebe stelle, werde die Bildung solcher "Ringe" in den Dörfern immer notwendiger.

Die Erkenntnis Höcherls, daß im Interesse einer konkurrenzfähigen deutschen Landwirtschaft noch mehr getan werden kann als nur per "Gießkannenregen", ist erfreulich. Aber gerade deshalb muß festgestellt werden, daß das, was der neue Landwirtschaftsminister jetzt für so dringend notwendig hält, im Lande Niedersachsen von dem früheren Landwirtschaftsminister Alfred Kubel (SPD), der seit der Regierungsumbildung als Finanzminister amtiert, bereits tatkräftig angepackt wurde.

Alfred Kubel hatte, als er vor etwa zwei Jahren mit seinen Mitarbeitern ans Werk ging, dafür gesorgt, daß seine Aktion zur Bildung von ländlichen Maschinenringen kein Fuß ohne Boden werden konnte. Minister Kubel schien es richtiger, der Landwirtschaft sinnvolle, befristete Starthilfen zu gewähren, also eine Hilfe zur Selbsthilfe in die Wege zu leiten. Niedersachsens Landwirtschaftsministerium beschränkte sich darauf, die Initiative der Bauern anzuspornen und zu erleichtern. Landes-zuschüsse wurden eingeführt für das Zusammenwirken von Landwirten, die ihre im Einzelbesitz befindlichen Landmaschinen samt ihrer Arbeitskraft in anderen, zu ihrem "Ring" gehörenden Betrieben gegen ein listenmäßig festgesetztes Entgelt einsetzten oder bei sich solche Arbeiten ausführen lassen. Für das erste Jahr wurden solchen Gemeinschaften 4 000 DM, im zweiten Jahr 2 400, im dritten Jahr 1 800 und im vierten Jahr noch 1 200 DM zugesprochen, weil sich erfahrungsgemäß in den Jahren danach die "Ringe" selber tragen.

Zu Alfred Kubels Initiative meinte die "Frankfurter Allgemeine" seinerzeit, Niedersachsen lege das Geld mit seinen begrenzten Starthilfen sehr gut an, da so dafür gesorgt werde, volkswirtschaftlich unerwünschte Fehlinvestitionen im landwirtschaftlichen Maschinenpark zu verhüten. Höcherls jüngste Erkenntnisse lassen hoffen, daß auch der Bund dazu beitragen will, die Erfahrungen eines sozialdemokratischen Landwirtschaftsministers für sich und für die Bayern in anderen Teilen der Bundesrepublik zu nutzen.

Griechenland: Acht Monate nach dem Sturz Papandreous

Die Politik der Zentrumsunion erweist sich doch als richtig

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos, Athen

In den sechs Monaten der Regierung Stefanopoulos, die im September vorigen Jahres inmitten der von Rechtskreisen provozierten Krise nach dem Rücktritt Papandreous gebildet wurde - zwei Monate nach dem Sturz Papandreous - hat sich gezeigt, daß sie praktisch keine neue Regierung ist. In Wirklichkeit führt sie nämlich das Programm der Zentrumsunion weiter, aber mit einem wesentlichen Unterschied: sie verfügt weder über parlamentarische Unabhängigkeit, um ihre Arbeit durchsetzen zu können, noch über das Selbstvertrauen, das eine Mehrheitsregierung ausstrahlt. Auf der einen Seite tragen die wirtschaftspolitischen Gesetze, die des sozialen Fortschritts und die für die Erziehungsreformen, die in der 1 1/2-jährigen Ära Papandreous verabschiedet worden sind, die Unterschriften des heutigen Ministerpräsidenten und seiner wichtigsten Kabinettsmitglieder; auf der anderen Seite haben sich die anfänglichen Ankündigungen der heutigen Regierung, sie wollte die Politik der Zentrumsunion ändern, nach der Konfrontation mit der Regierungswirklichkeit als undurchführbar herausgestellt.

Kein einziges Wirtschaftsgesetz wurde geändert

So steht z.B. das Gesetz zur Erhöhung der Steuern seit Januar im Parlament zur Debatte, und neuerdings wurde erklärt, daß dieses Gesetz erst nach den Osterferien zur Abstimmung reif sei. Die Rechte hat in Anbetracht der kommenden Wahlen keine Neigung, für eine solche unpopuläre Maßnahme mitverantwortlich zu sein, wie es eine Steuererhöhung immer ist. Ohne ihre Zustimmung kann dieses Gesetz aber nicht verabschiedet werden.

Was die Wirtschaftspolitik betrifft, so hatte die Regierung, insbesondere aber die Rechte, behauptet, daß die Ausgaben der Zentrumsunion die Stabilität der Währung gefährdet hätten, und daß die Wirtschaft des Landes im vorigen Herbst äußerst kritisch gewesen sei; bei einer schwierigen Wirtschaftslage sei es aber unmöglich, Neuwahlen durchzuführen. Sachliche Unterlagen bei der OECD zeigen jedoch, daß die heutige Regierung bei Amtsübernahme bei der Bank von Griechenland Devisenreserven in Höhe von 240 Millionen Dollar vorgefunden hat. Die Antwort auf die Fama der vorgeblich schlechten Wirtschaftslage, die sie bei Regierungsübernahme angetroffen habe, gab jedoch die Regierung Stefanopoulos selbst, als sie kürzlich erklärte, die wirtschaftliche Lage sei nun gut und befinde sich auf dem Weg einer weiteren positiven Entwicklung.

Ohne auf ernsthaften Widerstand zu stoßen, konnte die Fraktion der Zentrumsunion im Parlament der Regierung mehrfach beweisen, daß sie einfach deren Politik weiterführe.

Angst vor Neuwahlen

Gleichzeitig wird mit der Feststellung, daß die Wirtschaft des Landes nun gefestigt und gut sei, das vorgeschobene Handicap für die

Durchführung von Neuwahlen entkräftet. Das zweite Argument, daß im Lande nicht die für einen Wahlkampf nötige Ruhe und Ordnung herrsche, hat wiederum die Regierung selbst seiner Wichtigkeit beraubt, indem sie betonte, sie habe während ihrer Amtszeit die öffentliche Ruhe wieder hergestellt. Andererseits hat Papandreu kategorisch erklärt, seine Partei bekämpfe sowohl die äußerste Rechte als auch die extreme Linke und strebe keinesfalls eine "Volksfront" an. Damit bleibt als Hindernis für die Durchführung von Wahlen nur noch ein einziges, sehr scharfsinniges und demokratisches Argument: Wahlen können nicht durchgeführt werden, weil Papandreu sie gewinnen könnte!

Die Wahlen werden auf jeden Fall spätestens am Ende der Legislaturperiode stattfinden. Alle ausländischen Beobachter sind sich in der Meinung einig, daß die Zentrumsunion heute noch populärer ist als bei den Wahlen von 1964, bei denen sie 53 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die Zeit kann diese Tendenz nur stärken.

Die konservative Rechte lenkt ein

Der Führer der konservativen Rechten ERE, Professor Kanellopoulos, hat sich bereits klar für die Notwendigkeit neuer Wahlen ausgesprochen. Gleichzeitig betonte er auch, daß seine Partei keine Chance habe, bei diesen Wahlen die absolute Mehrheit zu gewinnen. Bei der letzten Krise hat er klar erkannt, daß das Land eine starke Regierung auf parlamentarischer Basis brauche. Außerdem ist er sich auch dessen bewußt, daß der Gründer seiner Partei, der im Selbstexil lebende Karamanlis, daran interessiert ist, die ERE wieder zu führen. Kanellopoulos hat diese Partei auf dem wirklich tiefsten Stand übernommen und hat es verstanden, sie sehr geschickt auf der Ebene einer parlamentarischen konservativen Fraktion neu zu entwickeln. Er wird nicht bereit sein, den Erfolg seiner Mühen kampflos einem anderen zu überlassen und die Partei wieder Opfer des Rechtsradikalismus werden zu lassen. Übrigens darf nicht vergessen werden, daß Kanellopoulos stellvertretender Ministerpräsident unter Papandreu war, als sie 1944 gemeinsam den kommunistischen Aufstand niedergeschlagen haben. Daher ist auch die gegenseitige Achtung der beiden Staatsmänner für einander zu erklären und zu verstehen, die besonders seit Ausbruch der großen Krise im vorigen Sommer zum Ausdruck kam, und von der die Nation nur Gutes zu erwarten hat.

Ein neues Wahlgesetz

Vor Ostern noch wird das neue Wahlgesetz im Plenum zur Abstimmung gelangen. Es sieht für die Zukunft in Griechenland als ständige Einrichtung das Verhältniswahlsystems vor. Alle Parteien haben bereits erklärt, daß sie diesem Gesetz zustimmen werden. Die politische Erfahrung eines Jahrhunderts in Griechenland lehrt, daß, sobald ein neues Wahlgesetz verabschiedet ist, sofort die Atmosphäre eines Wahlkampfes entsteht. Und die Zahl der Beobachter ist nicht gering, die in Athen betonen, daß das Volk am Ende dieses Sommers zu den Urnen gerufen wird, um ein neues Parlament zu wählen.

+ + +